

Michael Brie (Hrsg.)

Lasst uns über Alternativen reden



Beiträge zur
kritischen
Transformations-
forschung 3

Michael Brie (Hrsg.)
Lasst uns über Alternativen reden

Michael Brie (Hrsg.)

Lasst uns über Alternativen reden

Beiträge zur kritischen Transformationsforschung 3

Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Germany License (abrufbar unter www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode). Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

Inhalt

Michael Brie

Krisenzeitalter – Zeitalter der Transformation 7

Anstatt eines Vorworts

AKTUELLE TRANSFORMATIONSDISKURSE

**Genügt es Euch, »im herrschenden System mitzutanzten,
statt es aktiv zu verändern«?** 12

Die Transformationsforscher Michael Brie, Mario Candeias
und Dieter Klein befragt

Klaus Steinitz

**Überlegungen zu einer kritischen linken
Transformationsforschung** 36

John Bellamy Foster

Marxismus und Ökologie 57

Gemeinsame Quellen einer Großen Transformation

Frank Adler

**»Postwachstum« als radikal kritische
und konkret-utopische Transformationsperspektive** 77

Lutz Brangsch

Entwicklung, Revolution, Reform und Transformation 130

Dieter Klein/Joachim Wahl

**Progressiver Wandel in Lateinamerika –
doppelte Transformation?** 148

Cornelia Hildebrandt

Linksparteien in Europa als Subjekte der Transformation 190

KRITIK

Rolf Reißig

Transformation in unterschiedlichen Diskursen 220

Anmerkungen zum »Handbuch Transformationsforschung«

Philipp Piechura

Transformationsdesign –

Zwischen angewandter Kunst und Gesellschaftsveränderung 231

KONKRETE PROJEKTE

Amory Starr

Wie wird um Hegemonie gekämpft? 242

Eine Fallstudie zur Local-Food-Bewegung –
ein Modell für Transformation

Autorinnen und Autoren 260

Michael Brie

Krisenzeitalter – Zeitalter der Transformation

Anstatt eines Vorworts

Es bedurfte der Hunderttausenden Flüchtlinge, die jetzt den Limes an den Außengrenzen der Europäischen Union überwunden haben, damit eines klar wird: Es herrscht Krieg. Und die Staaten der Europäischen Union haben diesen Krieg wesentlich verursacht oder doch zumindest den Kriegstreibern assistiert. Größere Teile des Nahen und Mittleren Ostens stehen seit Jahren buchstäblich in Flammen. Ökonomische, soziale, ökologische, politische und kulturelle Faktoren sind in ihrer Verbindung ausschlaggebend gewesen. Im Osten Europas und im Kaukasus sind die Brandherde aktiv, die schnell auch diese Region in große militärische Auseinandersetzungen verwickeln können. Unfähig zu einer wirksamen Friedenspolitik nach außen, ist die Europäische Union zugleich nicht zu einer wirksamen solidarischen Kooperation nach innen bereit. Sie ist sich dort einig und handlungsfähig, wo es um die ökonomisch-soziale Spaltung der EU geht – in der Austeritäts- und Konkurrenzpolitik. Sie ist sich dort uneinig und blockiert, wo es um die solidarische Kooperation geht – in der Flüchtlingspolitik. Die hoffnungslos infantile Gefolgschaft gegenüber den USA hat die katastrophale Entwicklung befördert.

Gleichzeitig entstehen in Asien, Lateinamerika und auch in Afrika alternative Modelle der Moderne. Schien das 20. Jahrhundert noch eine globale Revolution der Westernisierung (Laue 1987), so hat sich dieser Schein spätestens mit dem Wiederaufstieg Chinas verflüchtigt (Jacques 2012). Aus dem Wettbewerb der Systeme von US-dominiertem Kapitalismus und sowjetischem Staatssozialismus wurde ein Wettbewerb verschiedener Gestalten kapitalistisch geprägter Zivilisationen. Das amerikanische Jahrhundert war, wenn überhaupt, das 20. und ist keinesfalls das 21. Jahrhundert. Und wie so oft in der Geschichte hat genau der Versuch der USA, der Zeit nach dem Zerfall der Sowjetunion global die eigene Vorherrschaft aufzuzwingen, diese Wahnvorstellung ad absurdum geführt.

Was aber hat die Europäische Union zu bieten? Sie hat ihr eigenes Modell eines sozialstaatlich-demokratisch eingehegten Kapitalismus gerade in dem Augenblick zerstört, wo es darauf angekommen wäre, es durch Erneuerung zukunftsfähig zu machen und – nach Möglichkeit

– darüber weit hinauszugehen. Sie hat sich übernommen durch eine Erweiterung, der keine entsprechende Steigerung solidarischer Integration entsprach, sondern die durch die Entfesselung eines Markteuropas der negativen Integration konterkariert wird. Und sie hat die ökologische Frage als neue Chance für eine solidarische Integration bisher nicht ernsthaft aufgegriffen, sondern bestenfalls als »grüne« Kapitalanlagestrategie gefördert.

Das Weiter-so einer neoliberalen Politik des Finanzmarkt-Kapitalismus wird in der Europäischen Union immer schwieriger. Die Zerreißkräfte nehmen zu; von einem sozialen, politischen und kulturellen Konsens kann immer weniger die Rede sein. Der Aufbruch von 1989 ist zur umfassenden Vielfachkrise geworden (Demirović et al. 2011). Immer deutlicher zeichnen sich die Alternativen ab, die in dieser Krise geboren werden – einige davon autoritär und barbarisch (Institut für Gesellschaftsanalyse 2011).

Der dritte Band der Beiträge zur kritischen Transformationsforschung versammelt Aufsätze, die diese Situation reflektieren. Er beginnt mit einer innerlinken Auseinandersetzung, die vom Kuratorium der ostdeutschen Verbände begonnen wurde. Die Transformationsforschung des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung sei schlicht nichts anderes als eine Kapitulation vor der Aufgabe grundlegender Gesellschaftsveränderung (Blessing/Werner 2015). Mario Candéias, Dieter Klein, Klaus Steinitz und der Herausgeber gehen der Frage nach, inwieweit dieser Vorwurf gerechtfertigt ist.

Eine zweite Gruppe von Artikeln wendet sich zentralen Transformationsdiskursen der Gegenwart zu. Zu diesen Diskursen gehören der *Ökosozialismus* und der *Postwachstumsdiskurs*. John Bellamy Foster geht auf die Verankerung einer ökologischen Kapitalismuskritik im Werk von Karl Marx ein. Es ist ein verschüttetes Erbe, das er freilegt. Eine umfassendere Sicht würde zeigen, in welchem Maße die sozialistische wie konservative Kritik am Industriekapitalismus von Anfang an auch durch das Erschrecken über ein neues und zerstörerisches Naturverhältnis geprägt war. Frank Adler wiederum zeigt, dass ein ernsthafter Transformationsdiskurs ohne die Frage des Zielpunkts, einer Gesellschaft jenseits von Immer-Mehr des Habens, nicht geführt werden kann. Dies aber stellt neue Fragen der Bündnispolitik zwischen Gruppen, die vor allem die Verteidigung der Interessen im Hier und Jetzt in den Vordergrund stellen müssen, und jenen, die die strukturelle Veränderung betonen. Es ist dies ein klassisches Dilemma, das historisch bereits in der Frage von Reform und Revolution im 19. Jahrhundert diskutiert wurde. Lutz Brangsch geht auf

diese Diskussion und ihre Veränderung im Maße der Russischen Revolution ein. Das Dilemma begreift er vor allem als Frage revolutionärer Praxis der Veränderung und Selbstveränderung, als kulturelle Praxis im weitesten Sinne.

Eine dritte Gruppe von Beiträgen zu diesem Band stellen die Analysen von Dieter Klein und Joachim Wahl zu Transformationsdiskursen in Lateinamerika und von Conny Hildebrandt zu parteipolitischen strategischen Ansätzen der Linken in der Krise der Europäischen Union dar, die auch eine Krise der Linken ist. Hier werden gemeinsame strukturelle Grundprobleme unter sehr, sehr unterschiedlichen Bedingungen deutlich. Diese Beiträge machen klar, wie weit wir noch entfernt sind von einer erfolgreichen linken Politik doppelter Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus.

Im Folgenden werden durch Rolf Reißig und Philipp Piechura zwei wichtige Werke der Transformationsforschung besprochen. Zum einen ist dies das von Raj Kollmorgen, Wolfgang Merkel und Hans-Jürgen Wegener herausgegebene »Handbuch Transformationsforschung« und zum anderen das Buch von Harald Welzer und Bernd Sommer »Transformationsdesign. Wege in eine zukunftsfähige Moderne«.

Den Abschluss dieses Bandes bildet die Vorstellung eines sehr spannenden Einstiegsprojekts in Transformation. Die Forscherin, Aktivistin und Tänzerin Amory Starr stellt die Local-Food-Bewegung in den USA vor. Hier werden Formen der Regionalisierung analysiert, die die soziale, ökologische, kulturelle, wirtschaftliche und demokratische Frage in herausfordernder Weise neu stellen. Es sind Experimentierstuben einer neuen Produktions- und Lebensweise.

Literatur

- Blessing, Klaus/Werner, Matthias (Hrsg.) (2015): Gefährliche Illusionen. Die Transformationspolitik in der Kritik, Berlin
- Demirović, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hrsg.) (2011): Vielfach-Krise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus, Hamburg
- Institut für Gesellschaftsanalyse (2011): Organische Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus: Szenarien, Konflikte, konkurrierende Projekte, abrufbar unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_Organische_Krise_web.pdf
- Jacques, Martin (2012): When China Rules the World: The End of the Western World and the Birth of a New Global Order, 2. Aufl., New York
- Laue, Theodore H. von (1987): World Revolution of Westernization: The Twentieth Century in Global Perspective, Oxford

AKTUELLE TRANSFORMATIONSDISKURSE

Genügt es Euch, »im herrschenden System mitzutanzten, statt es aktiv zu verändern«?

Die Transformationsforscher Michael Brie,
Mario Candeias und Dieter Klein befragt

Am 20. Juni 2015 führte das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden e.V. in Berlin eine Konferenz unter dem Titel »Kann man in den Sozialismus hinein tanzen? – Welchen Einfluss hat die Transformationstheorie auf linke Politik?« durch. Mittlerweile sind die Materialien der Konferenz auch als Buch erhältlich. Wie Matthias Werner bei der Eröffnung der Konferenz ausführte, gäbe es eine »Vielzahl von kleinbürgerlichen Utopien in linken Bewegungen« (Blessing/Werner 2015, 9; die folgenden Seitenzahlen in Klammern beziehen sich auf diesen Text). Er begründete dann das Anliegen der Konferenz so: »Wir beginnen unsere Themenreihe bewusst und gezielt mit einer kritischen Auseinandersetzung zur Transformationstheorie und ihrer Wirkung auf linke Politik. Nach unserer Wahrnehmung hat diese Theorie zwar keine Massenbasis, aber dominiert die theoretische Ausrichtung und zunehmend die politischen Handlungen der Führung in der Partei DIE LINKE. Diese degradiert sich nach eigenem Selbstverständnis zur Mosaik-Linken. Sie bekennt sich damit zu einer Partei des Mitregierens, der kleinen Schritte und Teil eines bunten Mosaiks. Sie verbreitet die gefährliche Illusion, auf diesem Wege in eine sozialistische Gesellschaft zu transformieren.« (9f.)

Was ist an dieser Einschätzung dran? 2008 haben Vorstand und Mitgliederversammlung der Rosa-Luxemburg-Stiftung das Institut für Gesellschaftsanalyse mit dem Auftrag sozialistischer Transformationsforschung gegründet. Dabei konnte an Ansätze angeknüpft werden, die auf Theorien in der DDR und BRD der 1970er und 80er Jahre zurückgehen, vor allem aber auf Arbeiten, die seit 1999 an der Rosa-Luxemburg-Stiftung und durch ihre Partner geleistet wurden. Wird nun tatsächlich an der RLS eine Forschung gefördert, die »kleinbürgerlichen Illusionen« anhängt? Werden Politikvorschläge unterbreitet, die sich »wie Erzählungen über den Weihnachtsmann« (33) anhören? Wird durch die der Partei DIE LINKE nahen Rosa-Luxemburg-Stiftung eine »sozialreformistische Umformung der Partei und damit die Preisgabe ihrer wesentlichen Prinzipien und ihrer Identität« (61) befördert?

Der Vorwurf an die Vertreter der Transformationsforschung der RLS wiegt schwer: »Würden nämlich diese Theorie und die mir ihr zusammenhängende politische Strategie durchgesetzt werden, so würde dies nicht zu einer Transformation des Kapitalismus und über ihn hinaus führen. Ergeben würde sich die Transformation der Partei und anderer Linkskräfte zu staatshörigen sozialreformistischen Stützbalken im Gerüst des herrschenden Systems.« (65) Im folgenden Gespräch wurden drei Hauptvertreter dieser Forschungsrichtung an der RLS, Michael Brie, Mario Candeias und Dieter Klein, befragt.

Vertretet Ihr nicht eine kleinbürgerliche Versöhnung der Gegensätze?

Michael Brie: Mit den Gegensätzen ist dies so eine Sache. Es gibt bei der Linken eine richtige und eine falsche Weise, Gegensätze in Beziehung zu setzen: spaltend und sektiererisch oder solidarisch und nach vorne treibend. Einen solchen Gegensatz bilden Reform und Revolution. Immer wieder wird vergessen: Es gab nicht nur den neoliberalen Rollback gegen den Sozialstaat und gewerkschaftliche Rechte, was als Beleg des Scheiterns des Reformweges angesehen wird. Es gab auch eine Restauration kapitalistischer Eigentumsverhältnisse in der Sowjetunion und den mit ihr verbündeten Ländern und den Übergang zu einem staatlich regulierten Kapitalismus in China. Der klassische revolutionäre Weg des Leninismus ist gescheitert. Es macht deshalb keinen Sinn, die »gute« Revolution gegen die »schlechte Reform« zu wenden oder umgekehrt.

Uns geht es vor allem darum, die unvermeidlichen Widersprüche und Gegensätze, die mit jedem sozialistischen Kampf, mit jedem Einsatz für grundlegende Veränderungen verbunden sind, in einer neuen Weise in Beziehung zueinander zu setzen. So sollen Lernprozesse ermöglicht werden, die die Kräfte nicht spalten, sondern zusammenführen, nicht schwächen, sondern stärken. Es gibt weitere falsche Gegensätze: Realpolitik gegen Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse, Klasse gegen die Vielfalt der sozialen Bewegungen, Aktivierung der Zivilgesellschaft gegen die Frage des Kampfes um den Staat, Masse gegen Partei oder Selbstbewegung gegen Führung, Kämpfe auf nationaler Ebene gegen die in Europa ... Wir wollen keine Addition der verschiedenen Positionen, sondern ihre wechselseitige Bereicherung und gemeinsame solidarisierende Veränderung. Wir halten es mit der Kunst, die Gegensätze nicht zu versöhnen, sondern in reale Bewegung zu bringen, damit grundlegende Veränderungen möglich werden. Das ist die wirkliche Dialektik. Dies kann man auch die Fähigkeit nennen, die realen Verhältnisse zum

Tanzen zu bringen und hart am Wind zu segeln, der der Linken entgegen bläst, um Walter Benjamin zu zitieren. Deshalb arbeiten wir mit Begriffen, die solche Widersprüche ausdrücken. Den der revolutionären Realpolitik haben wir von Rosa Luxemburg, den der nichtreformistischen Reformpolitik von Joachim Hirsch, der der Gegen-Hegemonie wurde in Anlehnung an Antonio Gramsci entwickelt.

Immer noch gibt es die linksradikale Kinderkrankheit, sich den Widersprüchen entziehen zu wollen und jeden zu denunzieren, der sich ihnen stellt. Dann wird es aber unmöglich, wirksam zu handeln. Und immer wieder gibt es den altersmüden Reformismus, der Macht- und Eigentumsfragen ignoriert und sich lieber unterwirft, als den Kampf aufzunehmen, und seinerseits die Widersprüche scheut. Transformation ist für Linke kein Allerweltswort. Es geht um nicht weniger als um die grundlegende sozialökologische, solidarische Umgestaltung der Gesellschaft und um jene Formen, die dazu tatsächlich beitragen können. Dafür wollen wir gerne streiten und auch darüber, wie das am besten geschehen kann.

Nimmt Eure Position zur Transformation »eine grundlegende Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in eine sozialistische« wirklich von der Tagesordnung?

Dieter Klein: Natürlich wäre es am besten, der Kapitalismus würde ganz schnell beseitigt, vorausgesetzt natürlich, es würde dabei eine Gesellschaft entstehen, die besser in der Lage ist, die sozialen, ökologischen und demokratischen Probleme zu lösen – und dies ist keinesfalls selbstverständlich. Beides muss geleistet werden. Ein bloßer Anti-Kapitalismus reicht nicht, es muss auch ein sozialistisches Pro hinzu, das die Probe der Geschichte aushält. Die Frage ist für uns nicht, ob, sondern wie und durch wen diese doppelte Aufgabe gelöst werden kann.

Der ganze Sinn unserer Transformationsforschung besteht darin zu erkunden, wie demokratischer Sozialismus als Ziel, Werteorientierung, Prozess und Weg zu lebendiger Wirkung kommt. Die Kritiker unseres Transformationskonzepts gehen von der Grundannahme aus, es stünden zwei sich ausschließende Transformationsstrategien im Widerstreit: die revolutionäre, auf substanzielle Veränderungen der Macht- und Eigentumsverhältnisse orientierende und die reformistische, genauer reformkapitalistische Transformationstheorie, zu definieren als »in Träume verpackte Ablenkungsmanöver, die das System erhalten sollen« (162, auch 82, 87f.). In die reformkapitalistische Linie seien die Führung der LINKEN

und die Transformationstheoretiker der Rosa-Luxemburg-Stiftung und ihnen Gleichgesinnte einzuordnen. Sie seien die Lieferanten des theoretischen Korsetts für einen parteipolitischen Drift nach rechts. Das ist völlig falsch.

Erstens ist es – zurückhaltend formuliert – unsachlich, linke Transformationstheoretiker hätten sich von der Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse und damit auch vom demokratischen Sozialismus abgewendet. In dem durch Klaus Blessing und Co. geschmähnten Buch »Das Morgen tanzt im Heute« von mir heißt es: »Eine emanzipatorische Transformation überwindet das Grunddefizit des Reformkonzepts, die Selbstbegrenzung von Reformen durch den Verbleib in den Grenzen der kapitalistischen Eigentums-, Verfügungs- und Machtverhältnisse mit der ständigen Gefahr, dass die Machteliten Reformschritte in ihren eigenen Herrschaftsmechanismus integrieren oder ganz zurückdrehen. Sie vermag dieses Grunddefizit zu überwinden, indem sie gewiss nicht alle privatkapitalistischen Unternehmen abschafft, wohl aber die Dominanz des großen Kapitaleigentums und damit die Profitdominanz samt der Abhängigkeit vom Einfluss der mächtigsten Kapitale. ... Solches Kapitaleigentum, das Herrschaft über die Gesellschaft bedeutet, wird zu vergesellschafteten sein. Das betrifft etwa international operierende Großbanken und Investmentfonds, die Energiekonzerne, den militärisch-industriellen Komplex, Netze mit dem Charakter eines natürlichen Monopols in der Strom-, Gas-, Öl- und Informationsversorgung und das Grundeigentum des internationalen Agrobusiness.« (Klein 2013, 119) Wie kann das als »Ablenkungsmanöver« verstanden werden?!

Zweitens: Revolutionen oder Reformen allein haben den Kapitalismus nicht dauerhaft überwinden können. Folglich geht es in der Gestalt emanzipatorischer Transformation um ein positives Aufheben der Stärken beider Wege und um die Überwindung ihrer spezifischen Grenzen, nicht um ein Entweder-Oder. Von uns kam daher die Formulierung für das Erfurter Programm der Partei DIE LINKE: »Der transformatorische Prozess wird von vielen kleinen und großen Reformschritten, von Brüchen und Umwälzungen mit revolutionärer Tiefe gekennzeichnet sein.«

Drittens: Sozialistische Transformationsforschung stellt sich der großen, der eigentlich entscheidenden Frage, wie denn der Prozess beschaffen sein könnte, der zu einer demokratischen, sozial gerechten, nachhaltigen Friedensgesellschaft, zu einem demokratischen grünen Sozialismus also, führen wird. Matthias Werner weiß dazu: »Wir haben gemeinsam nicht unbegrenzt Zeit.« Daher sei »so schnell wie möglich die zerstörerische kapitalistische Produktionsweise zu beseitigen« (36).

Er fordert zu diesem Zweck »einen Klassenstandpunkt in breiten Kreisen der Gesellschaft«. »Auf dieser Basis ist der Kampf um die politische Macht zu führen und über die politische Macht sind die gesamten Produktionsverhältnisse – jur. die Eigentumsverhältnisse – im Interesse der großen Mehrheit zu vergesellschaften.« (34) Was aber, wenn der Kapitalismus sich nicht so schnell verabschieden lässt? Wie können dann die globalen Fragen bearbeitet werden?

In der Tat ist das Zeitfenster für einen Einstieg in die Lösung der bedrohlichen Menschheitsprobleme extrem klein. Wir halten es aber trotz aller unserer Wünsche und Mobilisierungsanstrengungen für wahrscheinlich, dass in diesem Zeitraum die heutigen Eliten noch weiter über große Macht verfügen werden. Wenn dem so ist und wenn kein Frontalangriff Erfolg verspricht, dann müssen andere Wege gefunden werden. Und übrigens sind gerade auch die erfolgreichen Revolutionen niemals aus einem solchen Frontalangriff entstanden – weder 1789 noch 1917. Revolutionen entstehen in Krisen aus aktuellen Problemlagen, wenn die Herrschenden geschwächt und gespalten sind.

Die transformationstheoretische und praktisch-politische Schlussfolgerung aus der heutigen Lage ist die Orientierung der Kämpfe unserer Zeit auf sozial-ökologische demokratische Reformen, die zu einer progressiven postneoliberalen Transformation des Kapitalismus führen, um die schlimmsten Bedrohungen durch das Finanzkapital und sein politisches Gefolge abzuwenden und Verbesserungen vor allem in der Lage des wachsenden Prekariats, aber auch anderer großer Bevölkerungsgruppen zu erreichen. Und wir hoffen sehr, dass sich genau dann auch Fenster öffnen, viel Weitergehendes zu erreichen, weil Menschen sehen, was alles möglich ist.

Deshalb die große Aufmerksamkeit von Angehörigen des Instituts für Gesellschaftsanalyse für jegliche Art von Projekten und Initiativen gegen neoliberale Politik, deshalb unsere Arbeit an einer modernen linken eingreifenden Forschung, die das Verbindende zwischen ganz verschiedenen Reformvorhaben und ihren Akteuren hervorhebt und dazu beiträgt, in wechselseitiger Solidarität ihr Selbstermächtigungspotenzial für die Überschreitung der Grenzen des Kapitalismus zu stärken.

Denn dies ist eine elementare Lehre aus dem Rollback des sozialstaatlich regulierten Kapitalismus der Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg durch den Neoliberalismus: Reformen müssen ständig vorangetrieben werden, wenn sie nicht durch antisoziale Pseudoreformen überlagert werden sollen. Sie müssen für Radikalisierungsprozesse geöffnet werden, für den Einstieg – schon im Rahmen noch systeminterner Trans-

formationsprozesse – in eine Große Transformation über das kapitalistische System hinaus. Weder ist Sozialismus in seiner Gänze sofort möglich, noch kann er auf Übermorgen verschoben werden. Das meint der Begriff doppelte Transformation.

Viertens: Linke Transformationsforschung ignoriert nicht die Tatsache, dass die Herrschenden zur Not ihre Macht auch mit bewaffneter Gewalt behaupten würden. Für dieses Verhalten gibt es in der Tat eine blutige Spur von historischen Erfahrungen, die auf der Konferenz des Ostdeutschen Kuratoriums ausführlich gegen eine sozialistische Transformationskonzeption in Stellung gebracht wurden. Eine einfache Frage sei gestattet: Wäre eine sozialistische Revolution, so sie denn stattfände, gegen die Gewalt der Machteliten etwa mehr gefeit als Transformationsprozesse, wenn sie die Herrschaft des Kapitals infrage stellen? Natürlich nicht, der berechtigte Verweis auf die Möglichkeit von Versuchen der Machteliten, alternative Entwicklungen nicht allein mit struktureller, sondern auch mit militärischer Gewalt zu unterdrücken, ist also kein taugliches Argument speziell gegen Transformationsstrategien. Die entscheidende Schlussfolgerung aus solcher Gefahr kann nur lauten, bereits im Rahmen eines bürgerlichen Europas die Demokratie derart zu festigen und die Kräfteverhältnisse im Verlauf einer postneoliberalen Entwicklung so stark zugunsten demokratischer und bedingungslos friedlicher Kräfte zu verändern, dass die Machteliten sich in kritischen Situationen außer Stande sehen, militärische Gewalt gegen solidarische und ökologische Umwälzungen einzusetzen. Eine solche Konstellation herbeizuführen, wird einen längeren Prozess erfordern und spricht folglich für eine linke Transformationsstrategie.

Ist die Forderung, für eine Mosaik-Linke zu wirken, eine Abkehr davon, »Kräfte (zu) stärken und zu bündeln«, die für eine sozialistische Transformation wirken und seid ihr der Meinung, dass man »durch Nichtstun in den neuen Sozialismus hinein tanzen« kann (156)?

Mario Candeias: Ja, das wäre das Angenehmste – in den Sozialismus hinein zu tanzen. Schade, dass die Arbeiterklasse ihre historische Mission einfach nicht übernehmen möchte. Im Ernst: Kein Teil der pluralen Linken, keine Partei, keine Gewerkschaft, keine linke Avantgarde kann mehr eine alleinige Führungsrolle beanspruchen. Daher bedarf es der Vermittlung und Verbindung. Dies verweist auf Debatten um die Entwicklung einer Mosaiklinken wie sie von Hans-Jürgen Urban 2009 in die Diskussion gebracht wurde (Urban 2009). Der Begriff wurde seither am

IfG kritisch weiter entwickelt (Candeias 2010; Candeias/Völpel 2014) und wird in praktischen Zusammenhängen als Orientierung verwendet. Eng damit verknüpft ist der Gedanke einer »verbindenden Partei«, wie er von Mimmo Porcaro, Fellow am IfG, geprägt (Porcaro 2003; Porcaro 2015) und durch uns vor dem Hintergrund der konkreten Bedingungen in Griechenland, Spanien und Deutschland weiter getrieben wurde und schließlich auch Eingang in die jüngsten Grundsätze und Projekte zur Parteientwicklung gefunden hat (Kipping/Riexinger 2013).

Hintergrund war Folgendes: Unter neoliberaler Hegemonie kam es zu einer weitgehenden Fragmentierung der Lohnabhängigen wie der gesellschaftlichen Linken. Es gibt ein unverbundenes Nebeneinander von Aktivitäten. Es mangelt nicht an politischen Bewegungen. Vielmehr sind wir mit einer Vielzahl politischer Bewegungen und Forderungen konfrontiert, die nicht einfach unter dem Stichwort Klasse vereinigt werden können. Diversität ist zu einer ausgeklügelten Machttechnik neoliberaler Hegemonie verfeinert worden. Vielfach gespalten mangelt es den Subalternen an einer gemeinsamen Sprache oder einem Verständnis gemeinsamer Interessen.

Wir brauchen eine wirksame Gegenstrategie: Mit der globalen Sozialforumsbewegung haben wir zwar (wieder) gelernt, dass Diversität Reichtum bedeutet. Doch genügt es nicht, die gewonnene Pluralität zu feiern, um falsche Vereinheitlichung zu vermeiden. Ein solches bloßes Nebeneinander ergäbe kein handlungsfähiges Ganzes. Ebenso wenig genügt es jedoch, die Zersplitterung zu beklagen und wieder eine »Einheitsfront« zu fordern, die dann wieder Differenzen negiert, vermeintlich Dissidentes oder Abweichendes abspaltet. Ein produktiver Umgang mit Fragmentierungen und Differenzen ist erforderlich – dies gilt nicht zuletzt für Parteiprojekte einer pluralen Linken. Anerkennung dieser Differenzen ist schwer und ihr Fehlen ist die Ursache von Spaltung und dem Zerschneiden der Linken.

Nicht nur die gesellschaftliche Linke, auch die Arbeiterklasse ist vielfach gespalten. Nicht zuletzt die Prekarisierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen in den letzten Jahrzehnten im Zuge von Transnationalisierung der Produktion und der Einführung von Hartz IV und Niedriglohn hat die organisierten Klassenorganisationen, die Gewerkschaften, in eine defensive Position gebracht bzw. die Sozialdemokratie neoliberal transformiert. Jeder spürt den Druck der Prekarisierung, jede kann es treffen. Doch die vielfältigen Dimensionen prekärer Existenz wirken in sehr unterschiedlicher Weise – je nach Klassenzugehörigkeit, geschlechtlichen, ethnischen, nationalen und anderen Zuschreibungen. Das Prekariat ist

als Teil der Lohnabhängigen in verschärfter Weise mit den Bedingungen des Arbeitsmarktes und der Reproduktion ihrer Arbeitskraft konfrontiert. Es steht somit in einem untergeordneten Verhältnis zu anderen Klassenfraktionen. Und die geteilte Klassenlage produziert eben nicht aus sich heraus ein gemeinsames politisches Bewusstsein. Eine strategische Aufgabe ist also, die Erfahrungen mit Prekarisierung, vor allem auch zwischen den unterschiedlichen Gruppen von Prekären, zu verallgemeinern. So können gemeinsame Interessen, Forderungen und Praxen entwickelt werden. Denn trotz aller Spaltungen bieten sich mehr Berührungspunkte als weithin angenommen.

Spezifische Interessen müssen neu verbunden und Solidarität entwickelt werden. Es braucht Mitte-Unten-Bündnisse (Brie 2007). Das Gemeinsame wird in diesem Prozess nicht gefunden, sondern produziert. Das meinte Antonio Gramsci mit dem Prozess der Entwicklung von der korporativ-ökonomischen zur politisch-ethischen Phase. Das heißt, eine revolutionäre oder radikale Realpolitik in Anlehnung an Rosa Luxemburg agiert in Kenntnis der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, aber mit dem Ziel ihrer Verschiebung. Sie knüpft an den realen Bedingungen und Widersprüchen an, in denen sich jede/r bewegen muss, an den Sorgen und alltäglichen Interessen der Einzelnen; setzt an den Interessen und Leidenschaften an, reartikuliert sie aber ethisch-politisch im Sinne Gramscis, d.h. verallgemeinert sie in einer Weise, dass unmittelbare Interessen der verschiedenen subalternen Gruppen überschritten und solidarisch mit den Interessen anderer Gruppen und Klassenfraktionen, also universell werden können (Candeias 2009). Solidarisch meint, die Interessen der unterschiedlichen Beteiligten an einem gegen-hegemonialen Projekt in die Formulierung der eigenen Interessen mit einzubeziehen.

Die Produktion des Gemeinsamen beinhaltet neben der Reformulierung der eigenen und dem Entwickeln gemeinsamer Interessen auch die Verallgemeinerung von Erfahrungen und Anerkennung (sowie Unterstützung) nicht gemeinsamer – für die jeweilige Gruppe aber unverzichtbarer – Forderungen. Letzteres beinhaltet ebenso die Anerkennung unterschiedlicher (politischer) Kulturen und Organisationsformen. Wichtig ist ein offener Prozess, der es erlaubt, Partikulares neu zu formulieren, Verhältnisse neu zu denken. Das Unvereinbare lässt sich möglicherweise in einem zweiten Schritt in einer emanzipativen transformatorischen Perspektive und beim Aufbau neuer übergreifender und vermittelnder Institutionen (und Verfahren) aufheben. Aber dies gelingt nur dann, wenn Formen und Prozeduren gefunden werden, in Bündnissen mit Machtasymmetrien zwischen unterschiedlichen Organisationen

umzugehen und sie zur wechselseitigen Stärkung der gemeinsamen Organisationsmacht einzusetzen.

Um im Bild zu bleiben, es genügt nicht, die Mosaikstücke nebeneinander zu legen, sie müssen konkret verbunden werden, sonst zerbricht das Bild bei der ersten Erschütterung. Praktische Ansätze eines solchen Verständnisses finden sich in ganz unterschiedlichen Kontexten und mit unterschiedlichen Erfolgen.

In Griechenland und Spanien haben sie eine breite Ausstrahlung und hohe Dynamik. Dort reichen sie von zivilgesellschaftlichen Solidarstrukturen, sozialen Bewegungen und neuen linken Parteien wie Syriza und Podemos oder Plattformen auf kommunaler Ebene; in der BRD sind es eher kleinere, aber dennoch zahlreiche Beispiele, die dies mit veränderten Praxen innerhalb eines linken Mosaiks verbinden: etwa Mieterinitiativen wie Kotti & Co in Berlin, Flüchtlingsproteste und Recht-auf-Stadt-Bündnisse, aber auch Bündnisse und Arbeitskämpfe etwa um die Personalbemessung an der Berliner Charité oder bei der Organisation der Prekären im Einzelhandel bei H&M, Zara und Co – vielversprechende Initiativen, die bislang aber selbst untereinander unverbunden bleiben.

Seid Ihr wirklich so naiv anzunehmen, »dass sich Teile der Machteliten auf eine Zusammenarbeit mit linken Kräfte einlassen, um ihr eigenes Herrschaftssystem zu untergraben und schließlich zu überwinden« (42)?

Dieter Klein: Wir nehmen etwas ganz anderes an: Erfahrungen zeigen, dass in schweren Krisen der Kapitalverwertung, in tiefen Wirtschafts- und politischen Krisen, die wie 1929/32 das ganze kapitalistische System diskreditieren, flexible Teile der Machteliten nach neuen Wegen suchen können, nicht weil sie das System und ihre eigene Herrschaft abschaffen, sondern weil sie es retten wollen. Dies ist kein Automatismus: »Ob Suchprozesse der Machteliten in Krisensituationen tatsächlich zu progressiven Transformationsprozessen führen, hängt entscheidend von der Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, von der Stärke alternativer Kräfte, von der Breite der Bündnisse gegen die abgewirtschaftete Politik und ihre Repräsentanten, von der Heftigkeit des Verlangens großer Teile der Bevölkerung nach Antworten auf ihre Sorgen, von einer mobilisierenden Hoffnungserzählung eines Mitte-Unten-Bündnisses und vom Erstarken einer Massenstimmung für einen neuen Aufbruch ab.« (Klein 2015, 281) Von Nichts-Tun der Linken kann überhaupt keine Rede sein.

Eine Reihe dieser Bedingungen waren in den 1930er Jahren in den USA entstanden. Rund 220.000 Firmen in Industrie und Handwerk mussten zwischen 1930 und 1933 schließen, 9.490 Banken gingen in Insolvenz. Die Eigentümer von Wertpapieren verloren vier Fünftel ihrer Anlagen. 1933 war ein Viertel aller erwerbsfähigen Amerikaner arbeitslos. Die Armut grassierte im ganzen Land. Arbeitsloseninitiativen rebellierten. Wilde Streiks nahmen militante Formen an. Viele Intellektuelle öffneten sich für linkes Denken. Das Ansehen der Kommunistischen Partei stieg. Der amerikanische Mythos der Chancengleichheit für alle verdampfte. Eine Suche nach neuen moralischen Maßstäben ging durch das Land. Die Machteliten waren aufs Äußerste verunsichert. Ihr konservativer Flügel hielt unbelehrbar an marktliberalen Dogmen, an der Ablehnung sozialer Verantwortung des Staates und staatlicher Interventionen in die Wirtschaft fest. Ein anderer Teil der ökonomischen und politischen Machtelite vollzog, gruppiert um Franklin D. Roosevelt, in Gestalt des New Deal den Bruch mit dem bis dahin herrschenden Typ des privatmonopolistischen Kapitalismus und bewirkte in einem schwierigen Such- und Lernprozess eine innersystemische progressive Transformation zu einem – in Grenzen – sozialstaatlich regulierten (Monopol-)Kapitalismus. Der Widerstand dagegen war enorm, aber es konnte vieles durchgesetzt werden: Staatliche Beschäftigungsprogramme, Einführung zentralstaatlicher Arbeitslosen- und Rentenversicherung, Garantien von Arbeiter- und Gewerkschaftsrechten, Umweltsanierungsprogramme, Regionalplanung und eine breite, humanistisch orientierte Kunst- und Kulturförderung durch die Beschäftigung von Tausenden bis dahin arbeitslosen schreibenden und bildenden Künstlern, Theaterschaffenden und Architekten markierten den Übergang zu sozialstaatlicher Entwicklung und einen tiefen ökonomischen, politischen und kulturellen Einschnitt in der Geschichte der USA mit Auswirkungen auf die sozialstaatliche Entwicklung in der gesamten späteren OECD-Welt.

In einer historischen Situation, in der in großen Teilen Europas und in Japan als Reaktion auf die Krise des Kapitalismus ein faschistischer und militaristischer Weg in die Barbarei eingeschlagen wurde, erwiesen sich Teile der US-Machteliten als fähig zu einer progressiven Transformation im Rahmen des Kapitalismus. Sie wählten diese Entwicklung natürlich nicht, um als Partner der Linken ihre eigene Herrschaft abzuschaffen, sondern unter dem doppelten Druck des eigenen Systemversagens und der Kämpfe von Gegenmächten um eine Alternative. Aber man stelle sich nur einmal vor, auch in den USA hätte es Faschismus gegeben! Ein Sieg über Hitler wäre unendlich schwerer oder unmöglich gewesen. Es

gibt keinen Grund, solche möglichen Unterschiede klein zu reden, gerade weil es darum geht, globalen Herausforderungen zu begegnen, die denen des Faschismus in ihrer Größenordnung nicht nachstehen.

In den 1980er Jahren trat eine weitere Konstellation hervor, die Teile der kapitalistischen Machteliten zu transformatorischen Schritten veranlasste, auch wenn sie sehr begrenzt waren. Die atomare Rüstung wurde zu einer realen Bedrohung der menschlichen Zivilisation und großer Teile der Menschheit, die die Existenzgrundlagen des Kapitalismus selbst infrage stellte. In erheblichem Maße getrieben von der Anti-Atomkriegsbewegung, von der Friedensbewegung, von der Abkehr großer Wählerschichten, von wachsenden Rüstungsausgaben und in erster Linie durch eine wechselseitig gesicherte atomare Zweitschlagsfähigkeit beider Supermächte zu nüchterner Risikokalkulation gezwungen, ließen sich Teile der US-Machteliten auf substanzielle Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträge mit der Sowjetunion ein. Das war ein gravierender Bruch mit einem Sicherheitsdenken, das auf militärische Überlegenheit über den Gegner bis zu präventiver Kriegführung setzt. Als aber die Gegenmächte wegbrachen, auch dies ist eine Erfahrung, kam es zu einer Wende in der Politik der Herrschenden. Es begann eine Phase neuer Kriege und schließlich auch neuer Hochrüstung.

Verallgemeinert: Wenn erstens das System der Kapitalverwertung selbst ins Wanken gerät, wenn zweitens Gegenmächte in einer für das Kapital bedrohlichen Weise erstarken, wenn drittens globale Gefahren für die Menschheit auch Grundlagen des Kapitalismus gefährden, können Differenzierungs- und Lernprozesse Teile der Machteliten in der Auseinandersetzung mit den konservativen Fraktionen im Machtblock zu progressiven Transformationsprozessen nötigen. Die Linke muss die Differenzierung oder Spaltung im Machtblock fördern und für weitergehende Veränderungsprozesse nutzen.

Dagegen wird eingewendet, dass sowohl die in den USA mit dem New Deal eingeleitete sozialstaatliche Entwicklung als auch die Abrüstungsprozesse der 1980er und 90er Jahre zurückgerollt wurden und keinen Bestand hatten. Der Grund war aber, dass die drei genannten Bedingungen weggefallen waren. Das neoliberale finanzmarktgetriebene Weiter-so lässt jedoch für die Zukunft neue und tiefe Krisen der Kapitalverwertung und das Scheitern der neoliberalen Hoffnung auf Wachstum durch Austeritätspolitik erwarten. Abermals werden Scheidewegkonstellationen entstehen. Abermals werden Richtungskämpfe in den Machteliten virulent werden. Differenzierungen in den Machteliten sind auch von wachsenden globalen Gefahren zu erwarten. Die Gefahr einer

Klimakatastrophe, das Artensterben, die Bodenerosion, die Wasserkrise, die sich vertiefende internationale Kluft zwischen Arm und Reich, verbunden mit der Destabilisierung von Staaten und ganzen Regionen, Gewalteskalation, anschwellenden Migrationsströmen und zunehmendem Terrorismus, sind Menschheitsgefahren, die an die Substanz des Kapitalismus rühren werden – spätestens, wenn zu späte Maßnahmen gegen den Klimawandel bis zu 10 und 20 Prozent des jährlichen Weltsozialprodukts verschlingen würden. Und auch die Gefahr großer Kriege ist nicht gebannt.

Damit kommt alles auf die Gegenkräfte an: Bisher sind sie – im Unterschied zu den 1930er Jahren in den USA – nur schwach entwickelt. Widersprüche in den Machteliten werden aber erst dann für nachhaltige progressive Transformationsprozesse ausgenutzt werden können, wenn die Linke erheblich an Macht gewinnt und ihre Spaltungen zu überbrücken vermag, überzeugende Alternativen entwickelt, wenn sich linke Parteien in den sozialen Bewegungen fest verankern, wenn gemeinsame kapitalismuskritische und antikapitalistische Ziele erheblichen Einfluss gewinnen und sich in künftigen Krisen viele Bürgerinnen und Bürger in Bewegung setzen. Dann erst wird es möglich sein, dass entweder linke Regierungen gestützt auf eine Wechselstimmung in der Bevölkerungsmehrheit und auf größte internationale Solidarität Teile der Machteliten zu weitgehenden sozialökologischen Kompromissen zwingen oder dass aus der Opposition heraus Wirkungen in dieser Richtung erkämpft werden. Wir sehen unsere Aufgabe in der intellektuellen Unterstützung dieser Aufgabe.

Glaut Ihr ernsthaft, dass durch Solarparks, Genossenschaften oder die kommunale Wasserversorgung dem Finanzmarkt-Kapitalismus das Genick gebrochen werden kann (50f.)?

Michael Brie: Seit dem Entstehen der sozialistischen und kommunistischen Bewegung hat es immer drei Ansätze gegeben, wie der Kapitalismus überwunden werden kann. Die erste Strömung beginnt mit Babeuf auf der einen und dem sozialistischen Flügel des Chartismus auf der anderen Seite. Durch Aufstand (Babeuf, Blanqui) oder durch Wahlen sollte die politische Macht ergriffen werden, um dann eine Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse und schließlich der ganzen Gesellschaft einzuleiten. Eine zweite Strömung, die mit Robert Owen und der britischen Kooperativbewegung, aber auch den Anhängern von Fourier oder Cabet Einfluss gewann, setzte auf die Kraft des Beispiels: Sozia-

listisch oder kommunistisch organisierte Siedlungen, Produktions- und Konsumtionsgenossenschaften, Banken der Arbeiterinnen und Arbeiter, genossenschaftliche Wohnprojekte sowie Kultur- und Bildungseinrichtungen sollten Keimzellen einer neuen Gesellschaft werden. Konkrete Veränderung der eigenen Lebensumstände und Selbstveränderung, gelebte Solidarität und Demokratie sollten deutlich machen, dass es anders als kapitalistisch geht, wie es geht und dass es so viel besser geht. Die dritte Strömung strebte grundlegende Reformen an, die erkämpft und erstritten werden (dazu gehören auch Lassalle oder Bernstein). Dies begann mit dem Kampf erst für den Zehn-, dann für den Achtstundentag (eine Forderung, die zuerst Owen aufgestellt hatte, der auch die erste Einschränkung der Kinderarbeit durch das britische Parlament wesentlich beeinflusste), dann ging es um soziale Rechte, Bildung, Gesundheit, Umwelt. Der marxistische Transformationsforscher Erik O. Wright spricht in diesem Zusammenhang von Strategien des Bruchs, der Nischen und der Symbiose (Wright 2015).

Wir sind der Auffassung, dass je nach konkreten Umständen alle drei Ansätze organisch verbunden werden müssen. Es ist ganz wichtig, dass – auch in Energiegenossenschaften, bei der Rekommunalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge oder durch einen entgeltfreien öffentlichen Personennahverkehr – Menschen praktisch überzeugt werden, dass viele Güter besser auf nichtkapitalistische Weise erzeugt und verteilt werden können. Das kommunistische Prinzip »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen« überzeugt, wenn es um diese Grundgüter des Lebens geht. Dabei geht es zugleich um große Teile des Eigentums und der Finanz- und Steuermittel in der heutigen Gesellschaft. Deshalb ist der Widerstand auch so enorm. Der Kampf ist sehr hart, die Trägheit groß. Knapp wurde in Berlin das von der Partei DIE LINKE unterstützte Referendum für die Rekommunalisierung der Energieversorgung verfehlt. Die Mobilisierung war nicht groß genug. Solche Kämpfe stoßen immer auch an Punkte, wo es zum Bruch kommen muss.

Ein solcher Bruch kann zum Beispiel darin bestehen, Veränderungen der Verfassung zu fordern. Deshalb haben ja die herrschenden bundesdeutschen Eliten beim Beitritt der DDR zur BRD den 1949 formulierten Auftrag einer neuen Verfassung massiv verhindert. Die im Verfassungsentwurf des Runden Tisches der DDR entwickelten Vorstellungen eines viel umfassender sozial, ökologisch, demokratisch und friedensorientierten verfassten Staates wurden unterdrückt. In Lateinamerika sind viele linke Projekte vor allem auch Verfassungsprojekte gewesen. Die Entwicklung in der Europäischen Union und jüngst zu Griechenland zei-

gen, dass es tatsächlich einer Art von Neugründung der EU wie der Eurozone bedarf, damit die Macht- und Eigentumsverhältnisse auch wirksam verändert werden können.

Es war eine sehr besondere Konstellation in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, vor allem in Deutschland, die dazu führte, dass angenommen wurde, die Eroberung der politischen Macht (durch Wahlen oder im Gefolge einer Krise) sei der Ausgangspunkt und die Forderung von Reformen hätte vor allem eine erzieherische Funktion. Die Grenzen bloßer Reformen würden den Arbeiterinnen und Arbeiter bewusst machen, dass es der kapitalistische Staat ist, der grundlegenden Verbesserungen im Wege stehe und deshalb überwunden werden müsse. Daraus ergab sich das Erfurter Parteiprogramm der SPD von 1891.

Erfolg dabei, dem Finanzmarkt-Kapitalismus »das Genick« zu brechen, wird die Linke unseres Erachtens nur dann haben, wenn sie alle drei Wege zu gehen vermag, in breitesten Bündnissen, mit Ansätzen, die nicht gegeneinander gestellt werden, sondern sich wechselseitig verstärken, wenn deutlich wird, wie Reformen einen Bruch verlangen, wie »Keimzellen« sich nur ausbreiten können, wenn Reformen und Brüche dafür die Bedingungen erweitern, wenn konkrete Erfahrungen ausstrahlen und die Kraft geben, für Reformen und Brüche auch mit aller Entschiedenheit zu kämpfen. Niemand kann vorher sagen, welche Reihenfolge, welche Hauptkettenglieder es in solchen Kämpfen gibt. Was wir können, ist, die Erfahrungen zu studieren, Schlussfolgerungen zu ziehen. Diese deuten darauf hin: In der Verbindung aller drei Wege liegt die Chance. Nur dadurch kann ein hinreichend breites Bündnis geschaffen werden, entstehen die subjektiven wie die objektiven Voraussetzungen einer sehr weit gehenden Transformation.

Folgt Ihr »Transformationsträumen«, die die »unumstößliche historische Wahrheit und Erfahrung« ignorieren, »dass grundlegende gesellschaftliche Veränderungen nur durch die Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse und darauf aufbauend der Machtverhältnisse möglich sind« (16)?

Mario Candeias: Traumhaft wäre es, könnten wir die Produktionsmittel vergesellschaften, Banken in öffentliches Eigentum überführen etc. Dummerweise sind die Kräfteverhältnisse nicht so. Natürlich argumentierten wir auf der Höhe der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 für internationale Finanzregulierung, Vergesellschaftung »systemrelevanter« Banken und den Ausbau eines Netzes öffentlicher Banken – das ist Programm der LINKEN. Darüber hinaus plädieren wir für eine Sozialisierung

der Investitionsfunktion, da sich der Markt mit Blick auf die Bewältigung von Menschheitsproblemen als unfähig erweist: sozial-ökologischer Umbau, Erziehung und Ausbildung, Gesundheit, Hungerbekämpfung, Infrastrukturen – der Markt erfüllt diese Aufgaben nicht. Wir plädieren für den Ausbau des Öffentlichen und damit zugleich dafür, Märkte und Privatisierung zurückzudrängen. Es darf auch gern noch etwas mehr sein. Aber wie kommen wir dahin?

In vielen Bewegungen wird um die Eigentumsfrage gerungen, ohne dass sie immer so genannt würde. Beispiel Energiewende: Die »grüne Ökonomie« favorisiert privat-kapitalistische technische Lösungen (techno fixes), einschließlich großtechnischer Projekte riesiger Offshore-Windparks, monopolisierter transkontinentaler Supergrid-Netze für den großräumigen Stromexport. Entsprechend stehen starke Kapitalfraktionen dahinter. Dies soll dann militärisch abgesichert werden. Solche Strategien konterkarieren das dezentralisierende Potenzial neuer Technologien. Es sind falsche »Lösungen« (false solutions), die eine Vielzahl neuer sozial-ökologischer Konflikte produzieren. Hier berühren sich zahlreiche Bewegungen und lokale Initiativen mit dem Wirken von linken Landes- und Kommunalpolitikern: Gegen eine von oben verordnete, konzerntriebene Energiewende streiten sie für dezentrale und kommunale Lösungen: Rekommunalisierungen, Energiegenossenschaften, Bioenergieidörfer etc., um nur einige Beispiele zu nennen. Mit dem Begriff der Energiedemokratie arbeiten dabei unterschiedliche Bewegungen und Gruppen an einer gemeinsamen Orientierung. Hier wird unmittelbar deutlich, dass es unter dem Label Energiedemokratie eben auch um Eigentumsfragen und damit um Macht geht – aber mit konkreten Einstiegsprojekten, deren Grenzen zu verdeutlichen sind, um sie dann weiter zu treiben. Und lassen wir uns bitte diese Fragen nicht klein reden: Es geht um das energetische Rückgrat der modernen Gesellschaften überhaupt. Wer dieses kontrolliert, sitzt an den Schalthebeln der Macht. Dies gilt auch für die Informationsnetzwerke.

Teile der Mosaiklinken haben sich die Aufgabe gestellt, die anderen Teile des Mosaiks zu konsequenten Schritten der Veränderung und des Bruchs gerade auch in der Eigentums- und Machtfrage zu treiben, immer wieder deutlich zu machen, wo Forderungen oder Strategien zu scheitern drohen, weil sie noch im gegebenen, viel zu engen Rahmen versuchen, Verbesserungen durchzusetzen. Das sehen wir auch als unsere Aufgabe. Diesen Teil der Linken nennen wir Transformations-Linke.

Um die alte Eigentumsfrage wieder auf die Tagesordnung zu setzen, genügt es nicht, die alten Forderungen zu wiederholen. Selbstverständ-

lich sind wir für eine weit über die klassische Mitbestimmung hinausgehende Demokratisierung der Wirtschaft, für eine weitreichende Partizipation von Beschäftigten, Gewerkschaften, Bevölkerung/Konsumenten und anderen Stakeholdern an Entscheidungen in Betrieben (und zwar entlang der gesamten transnationalen Produktionskette). Der Diskurs um Wirtschaftsdemokratie mobilisiert bisher jedoch nicht. Dazu muss er konkret werden, an wirklicher Bewegung anknüpfen, etwa bei dem Versuch der Entwicklung von Pflegeinfrastrukturen mit Struktur- und Branchenräten im Care-Bereich, zusammen mit Bewegungen, Patienten-Initiativen, ver.di und Die LINKE. Oder bei Initiativen zur Sozialisierung der Daten und Algorithmen, damit die Verfügung und das Eigentum von Daten, die tief in die Persönlichkeitsrechte der Einzelnen reichen, nicht zu einer ganz neuen Stufe von Enteignung und Machtkonzentration führen. Dies alles sind Dinge, die auch in Deutschland heute viele Hunderttausende bewegen.

Ist für Euch tatsächlich »Mitregieren die höchste Form des Mittanzens«?

Michael Brie: Nichts ist absurder als die Annahme, das Konzept von Transformation, wie wir es entwickelt haben, würde vor allem auf Regierungsbeteiligung zielen. Wir schließen Regierungsbeteiligung oder auch die Übernahme von Regierung unter konkreten Bedingungen nicht aus. Rosa Luxemburg stand aus prinzipiellen Gründen einer solchen Regierungsbeteiligung in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft ablehnend gegenüber (siehe dazu im Detail Brie/Haug 2011), und doch gab es für sie einen Fall, wo eine solche Regierungsbeteiligung gerechtfertigt ist: Wenn es darum ging, die Demokratie zu verteidigen. Ein ernsthafter sozialökologischer Richtungswechsel der Politik verbunden mit einer neuen Friedens- und Entspannungspolitik wäre heute ähnlich zu werten. Davon sind wir aber weit entfernt.

Seit der Aufnahme einer umfassenderen Arbeit als parteinahe Stiftung im Jahr 1999 hat die RLS die Untersuchung und die Diskussion von Regierungsbeteiligungen in Deutschland, Europa und international zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit gemacht (Rosa-Luxemburg-Stiftung 2015). Von einer apologetischen Befürwortung kann überhaupt keine Rede sein. Wenn behauptet wird, dass unsere Forschung »die theoretische Grundlage zum Mittanzens und deren höchster Form, dem Mitregieren, in der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft« bilde, so ist dies nichts anderes als Denunziation. Wir sind der Meinung, dass die Frage, ob dazu Regierungsbeteiligung beitragen kann, konkret beant-

wortet werden muss. Die Hürden für eine positive Antwort werden mit gutem Grund sehr hoch gelegt, auch durch uns und gerade jetzt und insbesondere für die Bundesrepublik (Brie/Lederer 2015).

Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung wurden die Regierungsbeteiligungen in Mecklenburg Vorpommern (1998 bis 2006) und in Berlin (2001 bis 2011) analysiert. Dabei wurde deutlich, dass die PDS/DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern in einzelnen Feldern der Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Sozial- und Umweltpolitik eigene Akzente und innovative Ansätze verfolgte, teilweise einen offenen Politikstil praktizierte. Bezogen auf einzelne Politikfelder (Berg 2001) und das Agieren in Parlament und Regierung (Koch 2001) wurden diese Prozesse durch die Auftragnehmer detailliert analysiert. Aber die PDS konnte weder den angestrebten Richtungswechsel der Politik auf Landesebene durchsetzen, noch ihre Unterstützung in der Bevölkerung auf gleichem Niveau halten (sie verlor ein Drittel der abgegebenen Stimmen nach den ersten vier Jahren und hielt dieses Ergebnis nach weiteren vier Jahren).

Die von der RLS in Auftrag gegebene Studie von Rolf Reißig (Reißig 2005) zur Regierungsbeteiligung in Berlin zeigte, dass unter Mitwirkung der PDS oder durch sie in Berlin bestimmte Leistungen erbracht wurden: (1) Ausstieg aus einem weitgehend parasitär-klientelistischen Entwicklungspfad Berlins und Einleitung einer sich selbst tragenden Entwicklung als Metropolregion bei Ausbau der dafür notwendigen endogenen Potenziale; (2) die (wenn auch zu späte und halbherzige) Abkehr von der neoliberalen Privatisierungsstrategie und Hinwendung zum Erhalt öffentlicher Unternehmen und zum neuen Umgang mit ihnen; (3) die Stärkung wesentlicher partizipatorischer Elemente (bürgernahe Bürgerämter, erstmals Bürgerhaushalte, weitreichende Modelle direkter Demokratie auf Bezirksebene, u.a. Bürgerentscheide mit einem Beteiligungsquorum von 15%, Herabsetzung des bezirklichen aktiven Wahlalters auf 16 Jahren). Es gelang aber nicht, so zeigte die Studie, wirksam das linke Profil in der Öffentlichkeit der Bürgerinnen und Bürger glaubwürdig zu bewahren, die lebendigen Beziehungen zu sozialen Initiativen und Bewegungen zu stärken und die eigene Partei für dieses Projekt aktiv zu mobilisieren. Ein sozialer und ökologischer Richtungswechsel konnte nicht eingeleitet werden. Der Verkauf von kommunalen Wohnungen war ein Fehler. Auch in Berlin ging die Zustimmung durch die Bürgerinnen und Bürger für die Partei DIE LINKE drastisch zurück.

Die vorgelegten Analysen machen u.a. darauf aufmerksam, dass der folgende widersprüchliche Zusammenhang konstruktiv und überzeugend bearbeitet werden muss: Erstens vollzieht sich Regierungshandeln

heute unter den Bedingungen eines massiven Standortwettbewerbs und der gegebenen bundesdeutschen und europäischen Rahmenbedingungen. Die Einflussmöglichkeiten sind begrenzt (aber vorhanden). Zweitens muss Bürgernähe und Effizienz sowie Vertrauen praktisch immer wieder hergestellt und bewahrt werden. Drittens ist linke Politik im besonderen Maß auf Erfolge in den Fragen von sozialer Gerechtigkeit angewiesen. Viertens verschärft sich durch die Regierungsbeteiligung die sowieso virulente Frage der aktiven Einbindung der Parteibasis und breiter noch der Bürgerinnen und Bürger in die Gestaltung von Politik.

Die RLS hat darüber hinaus vor allem auch die Regierungsbeteiligungen in Ländern Europas analysiert und dazu eine ganze Reihe von Konferenzen und Seminaren durchgeführt. Die Mitte-Links-Regierungen können auf eine Reihe sozialer und demokratischer Einzelerfolge verweisen. Insgesamt, so zeigen unsere Analysen, ist es aber nicht gelungen, die Tendenzen des Sozialabbaus dauerhaft umzukehren, sodass einzelne konkrete Verbesserungen auf dem Feld der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik nicht reichten, das soziale alternative Profil der Partei auch als Regierungspartei zu schärfen. Die Basis linker Politik verringerte sich. Es gab keinen sozialökologischen Richtungswechsel. Eine Wende in der Europa- und Außenpolitik blieb aus.

Der Befund unserer Studien ist klar: Es ist keiner Linkspartei an der Regierung der letzten Jahrzehnte in Europa bisher gelungen, sich in Zeiten einer Regierungsbeteiligung als dezidiert linke Partei zu erneuern, neue wirksame Bündnisse aufzubauen und die politisch-sozialen Kräfteverhältnisse nachhaltig zu verändern sowie einen grundlegenden Richtungswechsel der Politik hin zu einer gesellschaftlich getragenen sozial-ökologischen Transformation voranzutreiben. In Lateinamerika dagegen, so die Analysen der Rosa-Luxemburg-Stiftung, gelang es in einigen Ländern, parasitär-klientelistische oder neoliberale Entwicklungen zu stoppen und einen veränderten Entwicklungspfad einzuschlagen, der aber teilweise starke Züge eines Staatskapitalismus oder auch staatsoligarchischen Kapitalismus trägt und auf einem extraktivistischen, rohstofforientierten Modell basiert. Die Ansätze einer neuen Staatlichkeit und Demokratie sind heftig umkämpft (Lang 2012). Von dauerhaften Schritten hin zu einem Sozialismus des 21. Jahrhunderts kann bisher nicht die Rede sein, auch wenn das Fenster des Möglichen nicht überall geschlossen ist (siehe dazu der Beitrag von Dieter Klein und Joachim Wahl in diesem Band).

Glautb Ihr denn wirklich, dass eine »doppelte Transformation« innerhalb der gegebenen Strukturen der Europäischen Union und NATO möglich ist?

Dieter Klein: Es ist absurd, uns eine solche Position zu unterstellen. Die Reaktion des Establishments in der Europäischen Union auf die Mehrfachkrise seit 2008 ist die Etablierung eines neuen Wirtschaftsregimes mittels einer Reihe antisozialer völkerrechtlicher Verträge. Es hat den Charakter eines autoritären Europäischen Mechanismus der Intervention in die nationalen Wirtschafts- und Sozialpolitiken zur Vollstreckung der vor allem von der deutschen Bundesregierung geforderten Austeritätspolitik. Der Europäische Stabilitätsmechanismus ESM, der Fiskalpakt, das Six Pack, das Two Pack und der Rahmen des Euro-Semesters zur zentralistisch dirigierten Abstimmung von neoliberalen Wirtschafts- und Strukturreformen der Mitgliedstaaten bis zu »Memorandums of Understanding« verpflichten die Länder bei Strafe von Sanktionen zu weiterer Deregulierung und Privatisierung, zur Senkung sozialer Leistungen und Lohndruck auf der ganzen Linie. Damit sind die Europäische Union und der Euroraum durch ein enges Netz institutioneller Regelungen mit bisher nicht erreichter Durchschlagskraft auf einen neoliberalen, finanzmarktbestimmten Entwicklungspfad festgelegt. Seine Exekution in Griechenland ist exemplarisch dafür.

Folglich gewinnt linke Politik in Europa mit neuer Dringlichkeit eine stärker internationale Dimension. Notwendig ist nichts weniger als eine Neugründung der Europäischen Union geworden. Dies ist Teil einer Transformation, wie wir sie anstreben. Das heißt Überwindung des in den Grundstrukturen der Union angelegten Demokratiedefizits; Suspendierung von Verträgen, die auf Sozialabbau und per Steuersenkungswettbewerb auf die Entlastung von großen Unternehmen und Vermögen zielen; Herausbildung einer gemeinsamen sozial und ökologisch orientierten Wirtschaftspolitik unter der Kontrolle des Europäischen Parlaments, dem der Rat der Regierungschefs und die Kommission nachzuordnen wären; Einführung einheitlicher europäischer Sozialsysteme; entschiedene Stärkung des Öffentlichen, vor allem der öffentlichen Daseinsvorsorge, und strikte Re-Regulierung der Finanzmärkte.

Aber natürlich wäre die Linke schlecht beraten, wenn sie nicht versuchte, Bewegungsspielräume in den europäischen Institutionen zu nutzen, etwa die Einflussmöglichkeiten des Europäischen Parlaments, die finanziellen Potenzen der EU zur Förderung schwach entwickelter Re-

gionen, ihre Sozialfonds und manche auf der EU-Ebene gesetzten Umweltstandards, die weiter als nationale Vorstellungen gehen.

Gleichwohl ist eine gelingende emanzipatorische Transformation nicht in den gegebenen Strukturen der Europäischen Union vorstellbar, sondern erfordert tiefgreifende strukturelle Veränderungen. Aber eine moderne Linke erstrebt diese mit proeuropäischen Vorzeichen. Sie sieht mit Sorge, dass die Herausbildung eines autoritären europäischen Interventionsregimes nationalistisch-chauvinistische Kräfte auf den Plan gerufen hat, die in allen EU-Ländern im Aufwind sind.

Die Linke verfolgt ihre europäische Politik vorwiegend auf nationaler Ebene. Dort liegt gegenwärtig, wenn überhaupt, ihre organisatorische Stärke, dort ist sie lokal und national verankert. Aber weit mehr als bisher muss sie bei allen wesentlichen Projekten deren europäische Dimension beachten. Wie andere Bewegungen und auch linke Parteien haben die Gewerkschaften eine »europapolitische Strategielücke« (Urban 2009) zu schließen. Das erfordert ein neues Maß internationaler Koordination nationaler Kämpfe und internationaler Solidarität.

Die NATO ist ein Militärbündnis unter nahezu uneingeschränkter US-amerikanischer Führung. Aber die großen globalen Gefahren sind nicht militärisch zu überwinden. Sie fordern Strukturen gemeinsamer Sicherheit. In Europa haben NATO und Europäische Union entgegen aller Zusagen an Russland ihren Einflussbereich systematisch bis an dessen Grenzen ausgeweitet und betreiben seine oft demütigende Ausgrenzung. Das schließt eine stabile Sicherheit für Europa aus. Eine linke europäische Sicherheitspolitik gibt einem Kollektiven Europäischen Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands den Vorzug gegenüber dem Militärbündnis NATO. Der Übergang zu einer solchen neuen Sicherheitsarchitektur wird vieler Anläufe bedürfen. Auf jeden Fall werden ein schnelles Ende der Sanktionspolitik gegenüber Russland, die Neuaufnahme einer Politik des Dialogs, enge Kooperationsbeziehungen und die Vermeidung aller Drohgebärden wie der Stationierung von Komponenten einer Raketenabwehr in Nachbarstaaten Russlands und »Schneller Eingreiftruppen« dort erste Schritte auf diesem Weg sein. Auch im Nahen und Mittleren Osten muss in Richtung auf Entspannung und Kooperation gewirkt werden. Die USA und die NATO sind aber genau umgekehrt verantwortlich oder mitverantwortlich für den Flächenbrand in dieser Region, die Entfesselung großer regionaler Kriege und die Flucht und Vertreibung von vielen Millionen Menschen.

Der Wechsel von einem US-dominierten Militärbündnis, das wiederholt völkerrechtswidrige Kriege geführt hat, zu einem kollektiven Sys-

tem komplexer und gemeinsamer Sicherheit wird, wenn er denn gelingen sollte, ein längerer, außerordentlich hart zu erkämpfender Prozess sein. Aber Zwischenschritte sind vorstellbar. Frankreich beispielsweise war zeitweilig NATO-Mitglied, ohne in den militärischen Strukturen aktiv zu sein. Warum sollte nicht die Bundesrepublik ohne Teilnahme an ausländischen Kampfeinsätzen starke Komponenten eines Friedens- und Aufbaucorps in das Bündnis einbringen und dies entsprechend finanzieren? Oskar Lafontaine spricht in diesem Zusammenhang von Willy-Brandt-Korps.

Ist die von Katja Kipping und Bernd Riexinger entwickelte Position eines »Sozialismus 2.0« als »ein freier, grüner, feministischer und lustvoller Sozialismus« nicht der endgültige Abschied »von einer die Gesellschaft verändernden Position zu einer des ›mittendrin dabei sein‹« (14)?

Mario Candeias: Wenn wir mit einem Sozialismus 2.0 »mittendrin« landen, um die Gesellschaft zu verändern, dann wäre das doch ganz wunderbar. Eine einfache Reihe antisystemischer Forderungen mag vor Vereinnahmung schützen, allerdings auf Kosten einer isolierten, nicht anschlussfähigen Randposition. Es bedarf eines positiven, transformatorischen und integrierenden Projekts, das an den neuen Bedingungen und Subjektivitäten ansetzt, das von Reformen im Kapitalismus ausgeht, aber diesen eine bestimmte Richtung verleiht – und Brüche mit dem Bestehenden zu denken und herbeizuführen vermag. »Revolutionäre Realpolitik« im Sinne Luxemburgs hebt den falschen Gegensatz zwischen Reform und Revolution auf. Revolutionär bezieht sich auf den umwälzenden, transformatorischen und an die Wurzel gehenden Charakter einer Politik, weniger auf den gewaltsamen Umschlagspunkt revolutionärer Machtergreifung. In jedem Fall ist es notwendig, an veränderten Problemlagen, neuen Vorstellungen von Leben und demokratischen Ansprüchen der Einzelnen anzuknüpfen. Und es braucht dazu verbindender Praxen aller transformatorischen Kräfte. Wir müssen viele werden. So verstehen wir die jüngsten Initiativen von Katja Kipping und Bernd Riexinger.

Was wäre in diesem Zusammenhang eine strategische Position – nicht nur eine programmatische –, die tatsächlich Kräfteverhältnisse ändert? Das bringt die Organisationsfrage wieder auf die Tagesordnung. Und hier lässt sich immer noch viel von den Versuchen und Erfahrungen der transformatorischen Kräfte in Griechenland und Spanien seit 2011 lernen. Während Schäuble und Merkel andere Länder zur Unterwerfung zwingen und das Projekt einer europäischen Einigung in seine bisher

tiefste Krise stürzen, haben wir es mit unserer Solidarität im Falle Griechenlands nicht geschafft, einen Unterschied zu machen und die Politik der BRD zu verändern, weil wir viel zu wenige sind, keine auch nur annähernd ausreichende Verankerung bei den subalternen Gruppen haben, keine auch nur annähernd ausreichenden verbindenden Praxen entwickeln konnten. Das gilt natürlich auch für die Linke in Portugal, Irland, Frankreich, Italien usw. Hier könnten wir ansetzen: mit einer Strategie, die sich stärker der Intervention in konkrete soziale Alltagsverhältnisse durch zivilgesellschaftliche Organisation zuwendet und dies mit veränderten Praxen innerhalb eines linken Mosaiks verbindet.

Die Verschiebung in der Strategie kann als Wechsel vom Diskursiven (den programmatischen und medial vorgetragenen Argumenten) zum Materiellen (den Interventionen in konkrete soziale Verhältnisse) bezeichnet werden. Genauer gesagt: Die programmatische Debatte war und ist dann Teil der praktischen Organisation solidarischer Strukturen. So konnte in Spanien wie in Griechenland die Basis verbreitert werden, weit über die üblichen Milieus der Linken und der bereits Aktiven hinaus. Deren Elementarteile sind lokale Einheiten, in denen Mitglieder nicht einfach nur über Politik diskutieren, sondern darüber hinaus Alltagspraxen teilen, Zwangsräumungen verhindern, Mieter organisieren, Arbeitskämpfe unterstützen, Flüchtlingsarbeit leisten etc. Es sind Solidarnetzwerke, die viele Menschen in die politische Organisation einbeziehen. So konnten auch jene prekarierten und oft migrantisch geprägten Klassenfraktionen erreicht werden, die sich nichts mehr von Wahlen und Demokratie versprechen. Diese Praxen lieferten die Grundlagen für den Erfolg von Syriza, der spanischen Kommunalbewegungen in Barcelona, Madrid und vielen anderen Städten und für Podemos – letztere hat ihre Bewährungsprobe noch vor sich.

Und die Formulierung vom freien, grünen, feministischen und lustvollen Sozialismus dient dabei einem einzigen Zweck. Sie soll die praktischen Kämpfe, die konkreten Sehnsüchte und Hoffnungen auf ein besseres und anderes Leben, auf Solidarität und Mitmenschlichkeit endlich wieder mit unserem gemeinsamen Ziel, dem Sozialismus, verbinden. Nur mit solchen begeisternden Visionen, die im Hier und Jetzt verankert sind, hat die Linke eine Zukunft.

Literatur

- Blessing, K./Werner, M. (Hrsg., 2015): Gefährliche Illusionen. Die Transformationspolitik in der Kritik. Berlin.
- Brie, Michael (2007): Der Kampf um gesellschaftliche Mehrheiten. In: DIE LINKE. Wohin verändert sie die Republik?, Michael Brie/Cornelia Hildebrandt/Meinhard Meuche-Mäker (Hrsg.), Berlin, 13-45.
- Brie, Michael/Candeias, Mario/Klein, Dieter (2015): Revolutionäre Realpolitik. Über die Kunst, die Verhältnisse zum Tanzen zu Bringen. Junge Welt. 15.9.15, www.jungewelt.de/2015/09-15/002.php.
- Brie, Michael/Haug, Frigga (Hrsg.) (2011): Zwischen Klassenstaat und Selbstbefreiung. Zum Staatsverständnis von Rosa Luxemburg, Baden-Baden.
- Brie, Michael/Lederer, Klaus (2015): DIE LINKE muss ihren Gebrauchswert stärken. Ein Beitrag zur Diskussion. In: Sozialismus extra: DIE LINKE.Strategiedebatte: »Aprilthesen« in der Diskussion, Hamburg, 17-20.
- Candeias, Mario (2009): Neoliberalismus. Hochtechnologie. Hegemonie. Zweite, erw. und überarb. Aufl., Berlin/Hamburg.
- Candeias, Mario (2010): »Von der fragmentierten Linken zum Mosaik.« LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, Nr. 1: 6-17.
- Candeias, Mario/Völpel, Eva (2014): Plätze Sichern! ReOrganisierung der Linken in der Krise. Zur Lernfähigkeit des Mosaiks in den USA, Spanien und Griechenland, Hamburg.
- Kipping, Katja/Riexinger, Bernd (2013): Verankern, verbreiten, verbinden. Projekt Parteientwicklung. Eine strategische Orientierung für DIE LINKE. www.die-linke.de/partei/parteientwicklung/projekt-parteientwicklung/texte/verankern-verbreiten-verbinden/.
- Klein, Dieter (2013): Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus, Hamburg.
- Klein, Dieter (2015): Fähig zu progressiver Transformationspolitik? Die Machtelten angesichts globaler Großgefahren. In: Transformation im 21. Jahrhundert. Theorien – Geschichte – Fallstudien. I. Halbband, Michael Thomas, Ulrich Busch (Hrsg.), Berlin, 265-300.
- Lang, Miriam (2012): Demokratie, Partizipation, Sozialismus. Lateinamerikanische Wege der Transformation. Vol. 96. Manuskripte. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Manuskripte/Manuskripte_96_Web.pdf.
- Porcaro, Mimmo (2003): Die Partei der Kommunistischen Neugründung. Traditionen, Innovationen, Perspektiven. In: Linksparteien im Vergleich. Rahmenbedingungen, Strategische Ansätze und Erfolgskriterien. Internationaler Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung, hrsg. von Michael Brie, 9-44. Manuskripte. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/manuskripte_41.pdf.
- Porcaro, Mimmo (2015): Tendenzen des Sozialismus im 21. Jahrhundert. Beiträge zur Kritischen Transformationsforschung. Herausgegeben von Michael Brie. Bd. 4, Hamburg.

Rosa-Luxemburg-Stiftung (2015): Linke in Parlamenten und Regierungen. www.rosalux.de/staatdemokratie/specials/parteien-und-soziale-bewegungen/deutsch/parteien-und-bewegungen/linke-in-parlamenten-und-regierungen.html.

Urban, Hans-Jürgen (2009): Die Mosaik-Linke. Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 5: 71–77.

Wright, Erik Olin (2015): Durch Realutopien den Kapitalismus transformieren. In: Brie, Michael (Hrsg.): Mit Realutopien den Kapitalismus transformieren?, Beiträge zur kritischen Transformationsforschung. Herausgegeben von Michael Brie. Bd. 2, Hamburg.

Autorinnen und Autoren

Frank Adler, Soziologe, Dr. sc., arbeitet auf dem Feld Wachstumskritik/ Postwachstum/Degrowth als Diskurs, Bewegung sowie Perspektive einer sozial-ökologischen Transformation und ist in diversen lokalen Initiativen politisch engagiert.

Lutz Brangsch, Dr. oec., Politökonom, wissenschaftlicher Referent für Staat und Demokratie am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Schwerpunkte seiner Arbeit sind Transformationen von Staatlichkeit in der Krise des Neoliberalismus, Projekte des sozial-ökologischen Umbaus sowie die Geschichte sozialistischer Transformationen.

Michael Brie, Sozialphilosoph, Prof. Dr. habil., wissenschaftlicher Referent des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung für Geschichte und Theorie sozialistischer Transformation, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac und im Kuratorium des Instituts Solidarische Moderne sowie der Leibniz-Sozietät.

Mario Candeias, Dr. rer. pol., Politikwissenschaftler, Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse und Redakteur der Zeitschrift LuXemburg; seine Forschungsschwerpunkte sind die ReOrganisierung der Linken in Europa und die kapitalismuskritische Analyse multipler Krisenprozesse gegenwärtiger Gesellschaft.

John Bellamy Foster ist Herausgeber des marxistischen Magazins Monthly Review und Professor für Soziologie an der University of Oregon in Eugene (USA). Schwerpunkte seiner Arbeit sind die politische Ökonomie und politische Ökologie. Er hat umfangreiche Analysen zur Politik der USA vom Standpunkt der Imperialismustheorie und zur ökologisch orientierten Erneuerung des Marxismus verfasst. Sein aktueller Schwerpunkt sind Fragen der sozialökologischen Transformation.

Cornelia Hildebrandt, Diplom-Philosophin, wissenschaftliche Referentin für Parteien und soziale Bewegungen am Institut für Gesellschaftsanalyse der RLS und stellvertretende Direktorin des Institutes; Vorstandsmitglied der Stiftung der Europäischen Linkspartei (EL) Transform!; zusammen mit Johanna Bussemer (ZID) Koordinatorin der Zusammenarbeit der RLS mit der Europäischen Stiftung Transform Europe.

Dieter Klein, Prof. Dr. habil, Sozialwissenschaftler, Senior Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des Willy-Brandt-Kreises; Schwerpunkte seiner Forschungsarbeit sind Fragen der Kapitalismustheorie, der Krise und Transformation des neoliberalen Kapitalismus, der Theorie und Strategie »doppelter Transformation« im Kapitalismus und über ihn hinaus.

Philipp Piechura, B.A. in Philosophie und Kunstwissenschaften, arbeitet als freier Theater- und Freizeitpädagoge, studiert Soziologie und interessiert sich für Transformationsprozesse in Performance und Politik.

Rolf Reißig, Prof. Dr. habil., Sozial- und Politikwissenschaftler, Mitarbeiter am Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien (BISS e. V.), Gastdozent an der FU Berlin, regelmäßige öffentliche Vorträge. Mitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des Willy-Brandt-Kreises; Schwerpunkte seiner Arbeit sind die postsozialistische Transformationsforschung und die Entwicklung einer neuen Theorie von Transformation als besonderer Typ sozialen Wandels.

Amory Starr, Soziologin, Aktivistin, Tänzerin, hat 1998 zum Thema »Den Feind benennen. Anti-Konzern-Bewegungen fordern die Globalisierung heraus« promoviert. Sie untersuchte im Weiteren die politökonomischen Visionen der globalisierungskritischen Bewegungen und war in diesen Bewegungen, in Antikriegsbewegungen und Bewegungen gegen die Biotechnologieindustrie aktiv. 1995 begann sie mit einer Lehrveranstaltung »Politische Ökonomie der Nahrung«, die sie bis 2009 fortführte. 2006 eröffnete sie ein Untergrundrestaurant als Weg, eine politische Gemeinschaft und Kultur um die Fragen von *Slow Food* und Nahrungsmittelsouveränität zu bilden. Sie bloggt auf www.trabal.org und twittert auf @amorstarr.

Klaus Steinitz, Prof. Dr., Wirtschaftswissenschaftler, Lehre und Forschung an der Hochschule für Ökonomie, der Karl-Marx Universität Leipzig, am Ökonomischen Forschungsinstitut der Staatlichen Plankommission (SPK) und an der Akademie der Wissenschaften, Abteilungs- und Hauptabteilungsleiter der SPK für Prognose und langfristige Planung. 1990-1993 Mitglied des Parteivorstands und des Präsidiums der PDS, verantwortlich für Wirtschaftspolitik; viele Jahre Sprecher der AG Wirtschaftspolitik der PDS und Vorsitzender der Hellen Panke – Rosa-Luxemburg-Stiftung

Berlin; Mitglied der Leibniz Sozietät und der AG Alternative Wirtschaftspolitik; Publikationen u.a.: Das Scheitern des Realsozialismus (2007), Plan – Markt – Demokratie zusammen mit Dieter Walter (2014).

Joachim Wahl, Politikwissenschaftler (Lateinamerikanist), Studium am Moskauer Staatlichen Institut für Internationale Beziehungen (MGIMO), Tätigkeit im außenpolitischen Dienst der DDR, in verschiedenen Ländern Lateinamerikas und Afrikas, 2002 bis 2004 Leiter des Regionalbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in São Paulo (Brasilien), Arbeitskreis Lateinamerika der Partei Die LINKE, Mitarbeit in Gesprächskreisen der RLS. Publikationen zur politischen und gesellschaftlichen Entwicklung in Lateinamerika.